

II-4689 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM FÜR
ARBEIT UND SOZIALES
Zl. 30.037/74-1/91

1010 Wien, den 23. Jan. 1992

Stubenring 1

Telefon (0222)71100

Telex 111145 oder 11178

Telefax 7137995 oder 7139311

DVR: 0017001

P.S.K.Kto.5070.004

Auskunft

Klappe Durchwahl

2057 1AP

1992 -02- 03

zu 2090 1J

B e a n t w o r t u n g
der Anfrage der Abgeordneten Mag. Haupt,
Dolinschek, Meisinger, Rosenstingl
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend Förderung von Rationalisierungsmaßnahmen
und Kosten der Arbeitslosigkeit

Zur Anfrage möchte ich grundsätzlich festhalten, daß die Investitionstätigkeit österreichischer Unternehmer eine entscheidende Voraussetzung dafür darstellt, im Wettbewerb weltwirtschaftlicher Arbeitsteilung den Anschluß an führende Industrienationen nicht zu verlieren, und mit modernen Produktionstechniken, attraktiven Gütern und Dienstleistungen die Chancen des Weltmarktes auszunutzen.

Wie die OECD in ihrem Länderbericht "Österreich" bereits 1987/88 festgestellt hat, ist es der österreichischen Wirtschafts- und Sozialpolitik in herausragendem Maße gelungen, Wirtschaft und Gesellschaft an neue strukturelle Bedingungen und Anforderungen anzupassen. In ihrer Bewertung hält die OECD fest, daß sich Österreich, gemessen an umfassenden und differenzierten makroökonomischen wie sozialpolitischen Gesamtgrößen, eindeutig besser gehalten hat als andere Volkswirtschaften innerhalb der OECD. Diese Bewertung findet sich auch in den Folgeanalysen der OECD wie in einschlägigen wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Untersuchungen zur Stellung Österreichs auf dem Weltmarkt.

Erst vor kurzem hat das Wirtschaftsforschungsinstitut zu den "Ungleichgewichten am österreichischen Arbeitsmarkt" festgestellt, daß Österreich auf die forcierte Anpassung an den Strukturwandel nicht verzichten kann, will man nicht Gefahr laufen, Marktanteile und -chancen zu verlieren, die erst die wirtschaftliche Voraussetzung schaffen, das entwickelte System sozialer Sicherheit zu finanzieren. In diesem Zusammenhang wird auch festgehalten, daß die

Schaffung neuer, anspruchsvoller und hochproduktiver Arbeitsplätze entscheidend ist für die weitere Wirtschaftsentwicklung. Zwangsläufig bedeutet dies jedoch auch die berufliche Mobilität der betroffenen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die von weniger produktiven zu hochmodernen Arbeitsplätzen wandern müssen.

Kein entwickeltes Industrieland hat diesen individuellen, beruflichen Anpassungsprozeß als Teil des generellen Strukturwandels den persönlichen Möglichkeiten des Betroffenen überlassen, sondern im Gegenteil durch Maßnahmen der generellen Wirtschafts- und Betriebsförderung bzw. durch Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik wie Berufsberatung, Vermittlung, Qualifizierung und Unterstützung bei der (Wieder)Eingliederung in den Arbeitsmarkt weitreichend unterstützt. Österreich macht hier keine Ausnahme und hat allein im Jahr 1991 4,8 Mrd. S für die aktive Arbeitsmarktpolitik veranschlagt.

Eine Bewertung für das Jahr 1990 zeigt, daß es mit einem Gesamtaufwand von rund 3,5 Mrd. S gelungen ist, das Niveau der Arbeitslosigkeit um 0,5 %-Punkte geringer zu halten, wodurch alleine in der Arbeitslosenversicherung mehr als 1,5 Mrd. S an Versicherungs- und Versorgungsleistungen eingespart wurden. Der Gesamteinsparungseffekt ist weitaus höher zu veranschlagen, da in diesen Betrag weder die Sozialhilfe noch sonstige Versorgungsleistungen einbezogen sind.

In jedem Fall bestätigen die vorliegenden Bewertungen die Richtigkeit der von der SPÖ dominierten Regierungspolitik, indem durch forcierten Strukturwandel die Anpassung der Wirtschaft unterstützt, den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen zukunftsweisende Arbeitsplätze angeboten und alle vom Strukturwandel Betroffenen in ihrer persönlichen Anpassung unterstützt werden, wodurch nicht nur Versicherungs- und Versorgungsleistungen eingespart, sondern auch die finanziellen Mittel erwirtschaftet werden, um das im internationalen Vergleich herausragende System sozialer Sicherheit zu tragen.

Frage 1:

Verfügt Ihr Ministerium über gesamtwirtschaftliche Kosten-Nutzen-Analysen der Förderung von Rationalisierungsmaßnahmen vor allem in Hinblick auf die dadurch entstehenden Kosten im sozialen Bereich?

Antwort:

Ja, neben anderen Studien stellen die zitierten Untersuchungen (OECD-Bericht und WIFO-Studie) solche Unterlagen dar.

Frage 2:

Wenn nein, werden Sie die Erstellung entsprechender Analysen veranlassen und damit zwei unabhängige Universitätsfakultäten in Österreich beauftragen?

Antwort:

Im Hinblick auf die Antwort zu Frage 1 kann die Beantwortung von Frage 2 entfallen.

Frage 3:

Wenn ja, sind Sie bereit, den Abgeordneten des Nationalrates diese Papiere zur Verfügung zu stellen?

Antwort:

Die von der OECD wie die vom Wirtschaftsforschungsinstitut erstellten Untersuchungen zur österreichischen Wirtschafts- und Sozialstruktur stehen dem Parlamentsklub der FPÖ uneingeschränkt zur Verfügung.

Frage 4:

Halten Sie es angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit für wünschenswert, wegen der Kosten einer höheren Arbeitslosigkeit bei der Entscheidung über Förderungen für Rationalisierungsinvestitionen die Arbeitsmarktlage miteinzubeziehen?

Antwort:

Ja. Allerdings legt die Arbeitsmarktlage nahe, das arbeitsmarktpolitische Förderinstrumentarium als Gesamtsystem zu betrachten. Die Entscheidung, welche Teile zum Einsatz kommen, wird im Zusammenhang mit der Arbeitsmarktlage getroffen. Gleich nach meinem Amtsantritt habe ich im Rahmen der Budgetverhandlungen für 1991 für Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik einen Budgetrahmen von 4,8 Mrd. S verlangt und auch erreicht. Leider ist es mir wegen des Widerstandes des Koalitionspartners nicht gelungen, eine Ausweitung des Budgets zu erreichen. Ich hätte eine Ausweitung nicht für zu hoch gegriffen gehalten. Daß Österreich trotz der gestiegenen Arbeitslosigkeit immer noch zu jenen Ländern gehört, in denen die Arbeitslosigkeit weltweit die niedrigsten Prozentsätze aufweist, ist unter anderem dieser erfolgreichen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik zu verdanken.

Dementsprechend werde ich unbeirrt dafür zu sorgen trachten, daß für das Arbeitsmarktservice, für Qualifizierungsmaßnahmen entsprechende finanzielle Mittel bereitgestellt werden können.

Frage 5:

Wenn ja, wie könnte Ihrer Ansicht nach ein Abhängigmachen der Förderungen von der Arbeitsmarktlage aussehen und führen Sie diesbezüglich Gespräche mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten?

Antwort:

Siehe dazu die Beantwortung der Frage 4. Im übrigen erfolgt eine laufende Koordinierung mit den jeweils zuständigen Ressortchefs.

Frage 6:

Liegen in Ihrem Ministerium Untersuchungen darüber auf, ob durch eine jährlich steigende Energieabgabe, die eine laufende Herabsetzung der von den Betrieben eingesetzten Energiemenge erzwingt, der zunehmenden Arbeitslosigkeit minderqualifizierter Menschen entgegengewirkt werden könnte; wenn ja, stellen Sie diese dem Nationalrat zur Verfügung?

Antwort:

Mir ist keine derartige Untersuchung bekannt.

A handwritten signature in black ink, appearing to be a stylized 'M' or a similar character.